



**Bürger
initiative**
Umweltschutz
Lüchow-Dannenberg

Gorleben Rundschau

September / Oktober 2013 • # 1012 / 1013

Widerstandsmarathon

„Wir haben den längeren Atem!“



Gorleben auf französisch

Bericht über die widerständische Region Bure

Atommüll wohin?

Kritik am neuen Standortauswahlgesetz

挨拶をする*

Wir, die Japanische Delegation, haben uns vom 7. bis zum 12. Juni im Wendland aufgehalten. Trotz des historischen Hochwassers wurden wir von Euch ganz herzlich empfangen. Davon sind wir begeistert. Wir sind Euch auch für die hohe Spende sehr dankbar.

Trotz der sprachlichen Barriere haben wir uns gegenseitig sehr gut verstanden, vielleicht deswegen, weil wir durch harte Kämpfe gegen die Radioaktivität ähnliche Erfahrungen (Wut und Leiden, aber auch Freude und Vertrauensverhältnisse unter MitkämpferInnen) gemacht haben. Die Begegnung im Juni hat uns enorme Energie gegeben. Wir in Japan sind erneut entschlossen, alle Schwierigkeiten zu überwinden und weiterzukämpfen.

Wir haben von Euch viel gelernt: Abschaffung der Atomkraft heißt, wir müssen unseren bisherigen Lebensstil gründlich überdenken und ändern. Wir müssen und wollen mit der Natur, Mutter Erde, zusammenleben. So können wir den eigentlichen Glanz des Lebens zurückgewinnen.

Wir haben von Euch auch gelernt, dass viele neue Versuche – wie Windkraft, Solarenergie und vieles mehr – gemacht werden müssen, um die Energiefrage zu lösen. Natürlich gibt es keine Patentrezepte. Und es handelt sich letzten Endes um die radikale Änderung der gegenwärtigen Gesellschaft. Gerade deshalb braucht man Mut, mit etwas Neuem anzufangen.

Gleichzeitig haben wir Eure Grundlagen für den langwierigen und hartnäckigen Kampf kennengelernt, wie saubere Luft, leckere Speisen, gutes Bier, nette Tiere. Das ist für uns auch eine wertvolle Erfahrung.

Ich glaube, es ist von größter Bedeutung, die Bindung zwischen dem Wendland und Fukushima zu pflegen und weiterzuentwickeln, um alle nuklearen Waffen und Anlagen in der Welt abzuschaffen und somit die Welt zu verändern. Bitte kommt ab und zu einmal nach Japan! Wir werden Euch auch öfters besuchen.

Das Hochwasser hat bei Euch sicher schlimme Schäden hinterlassen. Ich hoffe aber, dass Ihr diese Schwierigkeiten schnell überwinden und auch dadurch Eure Solidarität weiter festigen werdet.

Yosuke ODA

Vorsitzender von NAZEN

(Nationalkonferenz für die sofortige Abschaffung aller Atomkraftwerke)

* Gruß





Liebe Leserinnen und Leser,

„Wenn Wahlen etwas verändern würden, dann wären sie verboten.“ Dieser oft Kurt Tucholsky zugeschriebene Satz der amerikanischen Radikal-Feministin Emma Goldman ist so falsch, wie er richtig ist. Am herrschenden System als solchem kann ein Wahlausgang tatsächlich nichts ändern. Auf diesen Umstand bezog sich die Anarchistin Goldman.

Darüber hinaus gibt es Themen, bei denen es entweder ganz unterschiedliche Haltungen auch innerhalb der Parteien gibt, oder sich die Parteien ohnehin überwiegend einig sind. Derlei Themenbereiche und Sachfragen könnten tatsächlich der Volkssouveränität entzogen sein, da ja keine Wahl anhand nur einer Problemstellung entschieden wird. Die Frage nach dem langfristigen Verbleib des Atom- mülls könnte so ein Problem sein.

Die im Standortauswahlgesetz vorgesehene „Kommission Lagerung hochradioaktiver Abfallstoffe“ ist wie das Gesetz selbst von den Parteien noch vor der Wahl hastig auf den Weg gebracht worden. Der Wahlausgang, und damit der Souverän, kann also auf diese Episode der Endlagersuche nun keinen Einfluss mehr nehmen. Ob die Politik hier nennenswerten Einfluss entfaltet, sei dahingestellt. Seit über 35 Jahren sind es die Industrie und einige wenige industrie- freundliche Fachleute in Bundesanstalten und Bundesämtern, die diktieren, wo die Reise hingehet. Die Politik hat lediglich dafür gesorgt, dass diesen Interessen auch in der Kommission die Sperrminorität gesichert ist.

Natürlich macht es in vielen Themenbereichen des täglichen Lebens aber doch einen entscheidenden Unterschied, welche politischen Parteien mit welcher Pro-



grammatik die Mehrheit bei Wahlen erlangt haben. Dass diese Parteien allerdings oft weder in der Lage noch willens sind, ihre angekündigten Vorhaben tatsächlich umzusetzen, steht auf einem anderen Blatt. In der Frage der Endlagerung könnte es zukünftig sehr bedeutsam sein, ob und in wieweit die Wahlsieger bereit und fähig sind, betroffene Bevölkerung vor Ort sowie kritische Wissenschaftler in die Debatte mit einzubeziehen. Denn was sich sonst abzeichnet, sollte uns allen Angst machen: Der Atom- müll käme nicht dahin, wo es vernünftig ist, sondern dorthin, wo es am billigsten ist und die wenigsten Wählerstimmen dagegen opponieren.

Wer dieses Horrorszenario verhindern will, sollte das Votum dieses Mal sehr genau bedenken und vor allem vorher das Kleingedruckte lesen...

Martin Donat, Vorsitzender der BI

Die Gorleben Rundschau ist ein kostenloses Informationsblatt der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V.

Anschrift: Rosenstraße 20, 29439 Lüchow
redaktion@gorleben-rundschau.de
service@gorleben-rundschau.de
www.gorleben-rundschau.de

Verantwortliche Redakteure:
Andreas Conradt, Torsten Koopmann
(Anschrift wie oben)

Redaktion: Jan Becker, Andreas Conradt,
Wolfgang Ehmke, Marianne Fritzen, Torben
Klages, Anja Meyer

Gestaltung: Andrea Hagen
Lektorat: Franziska Behn

Druck: Buchdruckerei Otto Dennstedt,
Lange Straße 29, 29451 Dannenberg
Auflage: 4100, gedruckt auf Recyclingpapier
Cyclus Print

Die Gorleben Rundschau ist eines der wichtigsten Werkzeuge zur Verbreitung unserer Nachrichten. Aber ihre Erstellung kostet auch viel Geld. Bitte spendet:
BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg
Sparkasse Uelzen Lüchow-Dannenberg
Konto: 0044060721, BLZ: 258 501 10

Wenn die Zusendung der Gorleben Rundschau künftig nicht mehr erwünscht ist, bitten wir Euch um Nachricht:
Tel.: 05841 - 4684 oder
service@gorleben-rundschau.de

Allerlei weiterführende Links zu Artikeln in der Gorleben Rundschau gibt es auf unserer Website: www.gorleben-rundschau.de/links



weitere Infos
gorleben-rundschau.de/links
zu diesem Artikel



Bl.Luechow.Dannenberg.e.V



@gorleben



Bi LuechowDannenberg



Website-News per RSS

Leserbriefe veröffentlichen wir auf unserer Website: www.gorleben-rundschau.de. Dort könnt Ihr auch Lob, Kritik und Anregungen posten.

WIR HABEN DEN LÄNGEREN ATEM

Anja Meyer berichtet vom Widerstandsmarathon



Sommerwetter und beste Laune – der 24-Stunden-Marathon der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI) und der Bäuerlichen Notgemeinschaft vom 24. und 25. August stand unter einem guten Stern.

13 Uhr, das Aktionswochenende in Gorleben beginnt mit ernsten Worten. Auf der Bühne stehen Martin Donat und Wolfgang Ehmke von der BI und Frank Schmitt von der Bäuerlichen Notgemeinschaft: „Das Endlagersuchgesetz läuft auf Gorleben hinaus, und genau das machen wir nicht mit,“ betont Martin. Wolfgang ergreift als zweiter das Mikro

und macht Laune. Er stellt das Programm der nächsten 24 Stunden vor. Dann geht es los: Frank überreicht den Staffelstab, eine Wendlandfahne, an die Bauern. Sie umrunden mit ihren Traktoren als erste das Zwischenlager. Trotz Getreide- und Kartoffelernte sind einige Trecker gekommen und werden wie gewohnt von den Umstehenden bejubelt, das Trommelorchester Xamba treibt musikalisch an. Der Staffelstab wird übergeben an die Ini 60. Die Senioren gehören zum Fundament des wendländischen Widerstands, für den Marathon haben sie Pferd und Wagen organisiert und alle Plätze der Großraumkutsche belegt. Auch Marianne

Fritzen, die Ikone des Widerstands im Wendland, ist an Bord. Die Organisatorin Anne Peters hat für alle und alles gesorgt, auch Kuchen, Kaffee und Kaltgetränke werden aufgetischt. So umfährt die Ini 60 die alten Lieder singend den Schwarzbau, begleitet von begeisterten Zuschauern. Auch Gisela Cremer (85) ist mit von der Partie. Sie möchte unbedingt noch einmal die Salzhalde umfahren und steigt nach der Kutschfahrt in ihr Auto, um sich diesen Wunsch zu erfüllen. Während der Fahrt berichtet sie von den Geburtsstunden des Widerstands, vom Hütendorf 1004 und den von ihr und einem Freund gefertigten Wendlandpässen.



Zahlreiche aktive Widerständler und Sportler umrunden danach laufend, auf Fahrrädern oder bunt geschmückten Pferden den Schwarzbau. Sie machen deutlich, wie lebendig der Widerstand auch nach über 30 Jahren noch ist.

Während die Marathonstrecke durchgehend belebt ist und der Staffelstab munter weitergereicht wird, herrscht auf dem Platz rund um das ehemalige Greenpeace-Schiff Beluga ein fröhliches Treiben. Überall zufriedene Gesichter. Bei kühlen Getränken, leckerer Pizza oder Bio-Bratwurst wird geplaudert und diskutiert, wie es weitergehen kann, nachdem das ungeliebte Standortauswahlgesetz nun Realität ist, wie man umgeht mit der Kommission und der Benennung ihrer Mitglieder, die den angeblichen Neustart einer Endlagersuche in Deutschland mitgestalten sollen. Und es wird getobt, gespielt, geskattet, denn Frank Volker Schmidt und seine Freunde haben Bords und Rampen mitgebracht. Bands wie *Stimmt so*, *Dervjani* und *Der letzte Rest* machen Stimmung. Kulturelle Unterhaltung bietet der Poetry-Slam, der am Abend auf der ganzen Laufstrecke verteilt stattfindet. Am späten Abend versammelt man sich vor einer Leinwand, um gemeinsam den Kinofilm *Krieg im Bohnenfeld* zu sehen. Selbst in der Nacht wird nicht geruht: Wolfgang, der am Samstagabend das Programm für die späten Stunden ankündigt, ruft begeistert: „Es wird nicht eine Minute vergehen, ohne dass jemand von uns auf der Strecke ist!“ Im Dunkeln findet eine vom Förster geführte Wanderung statt, und die Höbbecker Castorgruppe umrundet um Mitternacht den Schwarzbau mit Laternen. Zwei Teams aus Dickfeitzten, sechs professionelle Sportlerinnen und Sportler, laufen von 24 Uhr bis 6 Uhr morgens um die Gorlebener Anlagen. Und auch in den frühen und müden Sonntagmorgenstunden bleibt der Staffelstab in Aktion: Margarete vorneweg mit Andrea im Fahrradanhänger laden ein zum Frühsportradeln. Die gesamte Zeit über versorgt die VolXküche alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Am Sonntagvormittag füllt sich der Platz erneut, und auch am zweiten Veranstaltungstag kommen wieder viele hundert Menschen zusammen. Spaziergänger wie Sportler umrunden langsam oder schnell einmal oder zehnmal die Anlagen.

So wie die bäuerliche Notgemeinschaft am Samstag wird auch der Vorstand der BI am Sonntagmittag musikalisch angetrieben, diesmal ist es der Chor *Kiliano*, der mit dem Madsen-Song *Du schreibst Geschichte* Stimmung macht und den Vorstand zur letzten Umrundung des Schwarzbaus antreibt. Die beiden Hauptorganisatoren der Veranstaltung, Torben Klages und Birgit Huneke, verkünden am Ende: „800 Leute haben den längeren Atem bewiesen. Den brauchen wir, um Gorleben als Endlager zu verhindern.“



Verpackungseinheit

Die Pilot-Konditionierungsanlage (PKA) in Gorleben steht auf dem Gelände des Zwischenlagers – von der Straße aus gesehen hinter der großen Castorhalle. Sie soll künftig der Verpackung („Konditionierung“) abgebrannter Brennelemente im Hinblick auf deren Endlagerung dienen, wobei die Verpackungsverfahren für radioaktive Abfälle zunächst weiter entwickelt und optimiert werden sollen. Die PKA ist damit ein Baustein des Entsorgungsweges der direkten Endlagerung, bei der keine Wiederaufarbeitung der Brennelemente stattfindet.

Der Betrieb mit radioaktivem Material („heißer Betrieb“) soll erst dann getestet werden, wenn sich die Bundesregierung für einen Endlagerstandort entschieden hat. Momentan steht die Anlage ausschließlich für die Reparatur schadhafter Castoren und anderer Behälter bereit. Der genehmigte Jahresdurchsatz beträgt wegen des Pilotcharakters der Anlage lediglich 35 Tonnen Schwermetall. Technisch wäre allerdings ein erheblich größerer Durchsatz möglich.

Andreas Conradt *



weitere Infos
gorleben-rundschau.de/links
zu diesem Artikel

BI entrümpelt Website

Völlig aktualisiert sind Informationen zu den einzelnen Anlagenteilen in Gorleben: Castor- und Konditionierungshalle, PKA, Fasslager und dem sogenannten Erkundungsbergwerk. Auch die Fülle von Veranstaltungshinweisen wird überraschen. Ein virtueller Besuch bei uns lohnt sich: www.bi-luechow-dannenberg.de

PROTEST-DAUERBRENNER



weitere Infos
gorleben-rundschau.de/links
zu diesem Artikel



Gemeinsame Strahlungsmessung der Fachgruppe Radioaktivität und der Gesellschaft für Nuklearservice (GNS) am Zaun des Zwischenlagers in Gorleben. Im Bild: Wolfgang Kallen notiert Werte zur Kalibrierung der Messgeräte.

Die Fachgruppe Radioaktivität erklärt's

Wendländische Ärzte begannen 1997, sich Sorgen zu machen, dass durch die regelmäßigen Castortransporte und die drohende Inbetriebnahme der Pilotkonditionierungsanlage (PKA) in Gorleben eine zusätzliche radioaktive Belastung auf die Bevölkerung zukommen könnte. Es gab regelmäßige Gesprächskreise, und schon bald bezog die Gruppe Physiker und Ingenieure in ihre Arbeit ein, um solide Grundlagen für Stellungnahmen, vor allem gegen das Zwischenlager, erarbeiten zu können. „Wir haben es uns zur Aufgabe gemacht, die komplexen Vorgänge um die Atomkraft kritisch zu hinterfragen und für Sachaufklärung zu sorgen,“ so das Selbstverständnis der Fachgruppe Radioaktivität, die der Bürgerinitiative zuarbeitet. Ein Schwerpunkt ist dabei die Umgebungsüberwachung der Gorlebener Atomanlagen, die die Fachgruppe mit Unterstützung des Landkreises Lüchow-Dannenberg und vieler Spenden als Streckenüberwachung konzipiert und installiert hat. Gammastrahlen-Messgeräte sind ständig auf alle Transportstrecken zum Zwischenlager Gorleben gerichtet. Die gemessenen Werte werden gespeichert und ausgewertet.

Gerhard Has *

Fotos: PubliXviewiNG (oben), Wolfgang Hain (unten)

VOR 30 JAHREN

Erfolgsgeschichte Dragahn

Fahre ich mit Freunden die Strecke Pudripp - Metzgingen, kommen mir unwillkürlich die Erinnerungen an die Pläne zum Bau einer Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) in Dragahn in den Sinn. Dragahn? Was ist denn das?

BI-Sprecher Wolfgang Ehmke beschrieb den Ort vor 30 Jahren so: „Ein paar alte Häuser, eine Försterei. Das abgeschirmte Gelände einer Delaborieranlage. Geheimnisumwittert. Im zweiten Weltkrieg Schauplatz für die TNT-Produktion. Arbeitsdienst, Gefangene, Frauen, deren Haare sich rot färbten, weil sie das Brunnenwasser getragen hätten, so wurde erzählt.“

Diesen unheimlichen Ort fasste der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht (CDU) Ender der 1970er Jahre

ins Auge, um doch noch eine WAA im Wendland zu bauen. Das brachte ihm die Attribute „wortbrüchig“ und „Lügner“ ein, denn der Verzicht auf eine WAA war Voraussetzung gewesen für die Zustimmung der Gorleben-Gartower Ratsherren zu den geplanten Zwischenlagern in Gorleben.

„Keine WAA im Landkreis Lüchow-Dannenberg“ oder „KeineWAAinGorleben“? Was hatte der Landeschef gesagt? Dieser verbale Streit zwischen Albrecht und den Wendländern dauerte seit der 1. Regierungserklärung zum „Nuklearen Entsorgungszentrum“ im Mai 1979 an.

Für uns Gegner bedeutete die Entscheidung einen Spagat unserer Aktivitäten zwischen dem Wald in Gorleben und dem Wald in Dragahn; zwischen der Be-



Demonstration gegen die geplante WAA in Dragahn am 20. Februar 1983.

schäftigung mit Wiederaufarbeitungsanlage Zwischenlager, Bohrungen und Politik. Für die Betreiber bedeutete sie Zeit- und Geldverlust. Am Ende wurde Wackersdorf als Standort bestimmt. Der Rest ist Geschichte. Marianne Fritzen *

DUCKEN VORM KONFLIKT

von Robert Thielicke, Autor bei www.technology-review.de

Das Standortauswahlgesetz für ein Endlager für hochradioaktive Abfälle ist Ende Juli in Kraft getreten, die Suche nach einem Endlager kann beginnen. Nun werde ein objektiver Kriterienkatalog abgearbeitet, heißt es. Den aber gibt es nicht.

„Transparent“ soll die Suche nach einem Grab für hochradioaktiven Abfall sein – und vor allem „wissenschaftlich.“ So jedenfalls lautet der gesetzliche Auftrag an die Politik. Das klingt zunächst gut und wäre es auch – würde dahinter nicht die klammheimliche Hoffnung stecken, dass die Wissenschaft das Problem für die Politik löst. Doch so objektiv wie die Formulierung nahe legt, kann der Prozess gar nicht ablaufen. So viele Forschungsarbeiten und Experten ihn auch begleiten, er wird nie zu einem eindeutigen Ergebnis führen. Schließlich beschäftigen sich Wissenschaftler nicht erst seit dem Endlagersuchgesetz mit der Endlagerung von Atommüll. Gäbe es hierzulande also den perfekten Standort, sie hätten ihn mit ziemlicher Sicherheit längst gefunden. Was sie stattdessen gefunden haben: Alle denkbaren Standorte haben neben Vorteilen eben auch Nachteile, die selbst durch intensivste Forschungen nicht geringer werden. Salzstöcke beispielsweise sind zwar undurchlässig, widerstehen Wärme und

verformen sich bei Belastung eher als dass Risse entstehen. Dafür aber schließen sie den Atommüll über kurz oder lang komplett ein, austretende Gase können einen extremen Druck erzeugen und die Kavernen explodieren lassen. Zudem ist Salz wasserlöslich. In Granit dagegen ist Wasser kein Problem, dafür aber können sich durch Erdbewegungen Risse auftun und das Lager undicht machen. Ton, noch eine Alternative, hält größerer Hitze kaum stand und besitzt weder die Stabilität von Granit noch die von Salz. Die Liste ließe sich fortsetzen, für ein Fazit reicht es aber schon jetzt: Am Ende wird das Endlager immer das Ergebnis einer Abwägung sein. Welche Risiken nehmen wir in Kauf? Wollen wir uns die Möglichkeit sichern, den Müll irgendwann wieder aus der Erde holen zu können? Wenn ja, für wie lange? Und natürlich die bitterste Abwägung von allen: In welcher Region ist die Gefahr am geringsten, weil sie am dünnsten besiedelt ist? Wer hat die Lasten der Atomenergie bisher getragen, wer ist in Zukunft dran? Ganz besonders die letzten Fragen zeigen: Die neuen Kriterien mögen noch so wissenschaftlich sein, die großen Kämpfe um das Endlager werden weitergehen. Wer sich hinter der Wissenschaft verschanzte, duckt sich vor dem eigentlichen Konflikt: dem zwischen Politik und den Bürgern. ✨

Enttäuscht und verärgert

Das Standortauswahlgesetz ist trotz des Protestes von Umweltschutzverbänden und Bürgerinitiativen in Kraft getreten. „Damit ist Gorleben nicht vom Tisch, sondern wird als gesetzter erster Standort-Vorschlag legitimiert,“ kritisiert Wolfgang Ehmke von der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg. Ein überfälliger Schritt, um Gorleben nicht über alle Maßen als Standort zu pushen, wäre die Zurücknahme des Rahmenbetriebsplans aus dem Jahr 1983, auf dessen Basis das Endlagerbergwerk ohne Öffentlichkeitsbeteiligung für 1,6 Milliarden Euro ausgebaut wurde.

Überfällig ist auch die Ablehnung eines atomrechtlichen Genehmigungsverfahrens aus dem Jahr 1977, das zwar nie eröffnet, behördenintern aber mit Jahresberichten gefüttert wurde. Ein solches Verfahren soll nämlich laut Standortauswahlgesetz erst am Ende der Endlagersuche eröffnet werden.

„Ich bin enttäuscht und verärgert, dass die Politik nicht deutlicher auf die Bürgerinnen und Bürger zugeht, sondern immer noch meint, sie könne das Atommüll-Problem alleine lösen,“ so Jochen Stay von der Anti-Atom-Organisation .ausgestrahlt. So ist die im Gesetz vorgesehene Bürgerbeteiligung an den potentiellen Standorten marginal. Gleichzeitig wird – noch bevor die Expertenkommission ihre Arbeit aufnimmt – im Gesetz schon vieles detailliert geregelt, was die Experten erst erarbeiten sollen. Zudem soll die Kommission bis 2015 erörtern, ob es zur Endlagersuche ein neues riesiges Bundesamt braucht. Dieses wird aber bereits 2014 eingerichtet.

Besonders eine Passage im Gesetz grenzt für Stay an Täuschung der Öffentlichkeit: „Zwar wird ein Verbot weiterer Castortransporte nach Gorleben aufgenommen. Aber es ist jetzt schon absehbar, dass dieses Verbot vor Gericht nicht haltbar ist. Die AKW-Betreiber behalten sich Klagen dagegen vor. Und wenn die Bundesländer von ihrem Vetorecht bezüglich der Castor-Zwischenlagerung Gebrauch machen, dann läuft sowieso alles wieder auf Gorleben hinaus.“



Neuer Name, gleiches Programm

Kurz nach dem 200. Jubiläum der bisher „Sonntags-Spaziergang“ geheißenen regelmäßigen Umrundung des Schwarzbaus in Gorleben ändern die Veranstalter den Namen. Bei gleichem Programm wird die 2009 eingeführte Protestform nun in „Gorleben-Spaziergang“ umbenannt.

Foto: PubliXviewinG



weitere Infos
gorleben-rundschau.de/links
zu diesem Artikel

ZWISCHENLAGER BRUNSBÜTTEL VERLIERT BETRIEBSERLAUBNIS – UND GORLEBEN?

von Jan Becker



Das Oberverwaltungsgericht Schleswig hat dem Atommüllzwischenlager am AKW Brunsbüttel im Juni die Betriebs-erlaubnis entzogen. Begründet hat das Gericht den Beschluss damit, dass ein gezielter Absturz eines Airbus A380 und panzerbrechende Waffen bei den Sicherheitsbetrachtungen unzureichend Beachtung gefunden haben. Hat dieses Urteil Auswirkungen auf die Castorhalle in Gorleben? Die Nebenwirkungen sind in jedem Fall brisant.

Der Entsorgungsnachweis für die Atomkraftwerke ist futsch, meinte BI-Sprecher Wolfgang Ehmke nach der Urteilsverkündung und forderte postwendend die Stilllegung aller Reaktoren. Doch brisant sind noch zwei weitere Aspekte: Castorbehälter aus Sellafield, deren Ziel ab 2015 eigentlich Gorleben heißen sollte, will Bundesumweltminister Altmaier ausgerechnet in Brunsbüttel unterstellen. Außerdem müsste dieses Urteil Auswirkungen auf alle anderen Zwischenlagerhallen in Deutschland haben, also auch für die in Gorleben. Doch sollten diese Auswirkungen „nicht überschätzt werden,“ rät der Rechtsanwalt Dr. Ulrich Wollenteit, der das Ehepaar Dreckmann als Kläger und Betroffene in Brunsbüttel vor Gericht vertrat.

Grundsätzlich gibt es nämlich gravierende Unterschiede zwischen dem Trans-

portbehälterlager (TBL) in Gorleben und dem Standortzwischenlager (SZL) Brunsbüttel hinsichtlich eines Flugzeugabsturzes: Das TBL bietet keinerlei Auslegung dagegen, Brunsbüttel ist dagegen ausgelegt – wenn auch nur für kleinere Flugzeuge, beschreibt Physiker Wolfgang Neumann. Natürlich könne auch über diese Auslegung gestritten werden, „aber in Brunsbüttel ist das wesentlich besser als gar nichts,“ meint Neumann.

Der zweite Unterschied ist, dass das TBL in seinen wesentlichen Teilen bestandskräftig genehmigt ist. Die rechtlichen Maßstäbe, die für die Genehmigungsphase einerseits sowie für die Aufsichtsphase andererseits gelten, sind laut Wollenteit unterschiedlich. Es sei „wesentlich einfacher, eine noch nicht bestandskräftige Genehmigung zu Fall zu bringen, als eine bestandskräftige Genehmigung aufheben zu lassen,“ erklärt der Rechtsanwalt. Die für Gorleben nötige „Aufhebungsentscheidung“ könne prinzipiell nur auf die Tatbestände des § 17 Absatz 5 Atomgesetz (AtG) gestützt werden, der von einer „erheblichen Gefährdung der Beschäftigten, Dritter oder der Allgemeinheit“ ausgeht, denen nicht „durch nachträgliche Auflagen in angemessener Zeit Abhilfe geschaffen werden“ könne. Problematisch in diesem Zusammenhang sei zudem, dass die weiteren in Betracht kommenden Tatbestände des § 17 AtG Er-

messensentscheidungen statuieren, bei denen ein Drittbetroffener allenfalls einen Anspruch auf fehlerfreie Ermessensausübung geltend machen könne. Denn eine „erhebliche Gefährdung“ setzt den Nachweis voraus, dass am Wohnort betroffener Anwohner Grenzwertüberschreitungen (der sog. Evakuierungsrichtwert) zu erwarten sind. Erforderlich ist darüber hinaus eine probabilistische Komponente – also eine Antwort auf die Wahrscheinlichkeit eines solchen Ereignisses.

Zurzeit laut Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) anhängig ist nach wie vor das Genehmigungsverfahren für die Aufbewahrung von MAW-Glaskokillen aus La Hague/Frankreich und hochradioaktiven Abfällen aus Sellafield/England in Behältern vom Typ CASTOR HAW28M im TBL Gorleben. Genehmigt ist die Einlagerung dieser Abfälle bislang in keinem Zwischenlager in Deutschland.

Für Wolfgang Neumann ist nach dem Brunsbüttel-Urteil „für die Genehmigung auch in Gorleben die Betrachtung des A380 erforderlich.“ Doch könne zweifelsfrei bei einem Flugzeugabsturz gar nichts nachgewiesen werden. Die Zahl der beeinflussenden Parameter sei sehr groß und die Unsicherheit bei Festlegung von Annahmen ebenfalls nicht klein. Validieren lässt sich der Nachweis nicht, da ja kein Flugzeugabsturz testweise durchgeführt wird, schlussfolgert Neumann. Für Brunsbüttel hält der Physiker einen nachträglichen Sicherheitsnachweis dennoch für möglich, der Betreiber könne das wahrscheinlich mit Zugrundelegung „konservativer Annahmen“ und der Ermittlung „begrenzter Auswirkungen“ erreichen.

Doch bei Gorleben sei die Sache wegen der nicht vorhandenen Auslegung schwieriger. Hier müsste der Betreiber schon „ziemlich tricksen“ oder „stark zweifelbare Annahmen treffen,“ um die Auswirkungen begrenzt zu halten. Neumann sieht daher gute Chancen, gegen die bestehende oder künftige Änderungsgenehmigungen rechtlich vorzugehen. Doch zunächst sollte für dieses Verfahren die Öffentlichkeitsbeteiligung gefordert werden.

Unabhängig von einer politischen Antwort auf die Frage: „Wohin mit dem Atommüll?“ fragt Rechtsanwalt Wollenteit ob auch eine noch angefochtene

Änderungsgenehmigung für das TBL „die Genehmigungsfrage neu aufwirft.“ Sollte dies der Fall sein, könne erneut diskutiert werden, ob die Halle in Gorleben den erforderlichen Schutz gegen Störmaßnahmen oder sonstige Einwirkungen Dritter im Sinne der nach „Stand von Wissenschaft und Technik erforderlichen Vorsorge gegen Schäden“ (§ 6 Absatz 2 AtG) aufweise. Das OVG Schleswig habe dies in Bezug auf das Zwischenlager Brunsbüttel im Juni verneint, weil der Genehmigungsbehörde und dem Betreiber genau dieser Nachweis nicht gelungen war.

Ein großes Problem bei der Bewertung ist allerdings, dass die Einzelheiten unter den jeweils zuständigen Gerichten strittig ist, führt Wollenteit aus. Wo das OVG Schleswig § 17 Absatz 5 AtG bereits bei jeder Gefährdung, die das bei der Genehmigung angenommene, nach dem Maßstab praktischer Vernunft zu tolerierende Restrisiko erheblich übersteigt, für einschlägig hält (Urteil vom 03.11.1999, 4 K 26/94), verlangt das VGH Hessen eine „Gefahr im polizeirechtlichen Sinne“ – ein objektiv zu erwartender, ungehinderter Geschehensablauf mit (hinreichender) Wahrscheinlichkeit, der zu einem Schaden führt, nämlich zu einer nicht unerheblichen Beeinträchtigung eines rechtlich geschützten Gutes (Urteil vom 25.03.1997, 14 A 3083/89). Das für Gorleben zuständige OVG Lüneburg hat laut Wollenteit bisher eher der Auffassung des VGH Hessen zugeneigt, allerdings würden nur sehr frühe Entscheidungen aus Mitte der Achtzigerjahre vorliegen. Dabei habe das OVG Lüneburg auch die Auffassung vertreten, dass die „erhebliche Gefährdung im Sinne von § 17 Absatz 5 AtG in der genehmigten Anlage oder Tätigkeit selbst begründet sein muss.“ Diese Auffassung dürfte inzwischen eindeutig durch die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts überholt sein, die dem Nachbarn auch Abwehransprüche in Bezug auf Störmaßnahmen und Einwirkungen Dritter eingeräumt hat, konstatiert Wollenteit abschließend.

Fazit: Zwar ist der Ansatz noch ein wenig unklar – es scheint aber realistisch, die Betriebsgenehmigung oder künftige Änderungsgenehmigungen der Castorhalle Gorleben wegen mangelhaftem Terrorchutz zu kippen. Ein großes Problem ist die Auslegung von „Wahrscheinlichkeit“, doch der Super-GAU von Fukushima führte uns allen vor Augen, dass solche Annahmen ein Spiel mit dem Feuer sind.

FLUGZEUGE KÖNNEN SUPER-GAU VERURSACHEN

Die Anti-Atom-Initiative .ausgestrahlt hat den ehemals höchsten technischen Experten der Bundesatomaufsicht, Dipl.-Ing. Dieter Majer, Ministerialdirigent a.D., beauftragt, die Auswirkungen von Flugzeugunglücken und gezielt herbeigeführten Flugzeugabstürzen auf Atomkraftwerke zu analysieren. Sein Gutachten kommt zu einem erschreckenden Ergebnis: Keines der neun in Deutschland noch laufenden Atomkraftwerke ist gegen den Absturz eines Passagierflugzeuges ausgelegt.

Schon der Absturz eines Fliegers mittlerer Größe kann Majer zufolge in jedem der AKW zur Kernschmelze führen. Die Durchschlagkraft insbesondere der Triebwerkswellen, die enormen Erschütterungen durch den Aufprall, die Kerosinbrände und -explosionen können Sicherheitsbehälter, Reaktordruckbehälter, Kühl- und Notstromsysteme sowie Rohre, Stromleitungen und Steuerungseinrichtungen so stark beschädigen, dass der Reaktor völlig außer Kontrolle gerät und auch das Personal keine Möglichkeit mehr hat, wichtige Notmaßnahmen einzuleiten.

Wegen der Zerstörung des Sicherheitsbehälters können die radioaktiven Stoffe aus dem Reaktor ungehindert in die Umgebung gelangen. Ein solcher Super-GAU würde großräumig schwere Schäden verursachen. Alle bisherigen

Versuche die AKW gegen Flugzeugabstürze zu schützen, etwa durch Vernebelungsanlagen, sind Majer zufolge gescheitert.

„Was für Zwischenlager gilt, muss erst recht auch für die AKW selbst gelten“, kommentiert .ausgestrahlt das Ergebnis. „Ein Reaktor, der noch nicht einmal gegen den Absturz eines Passagierflugzeuges mittlerer Größe geschützt ist, darf nicht weiterlaufen. Die Regierung muss die Betreiber zwingen, ihre Meiler abzuschalten, solange diese nicht nachgewiesen haben, dass sie auch den Absturz eines großen Flugzeuges unbeschadet überstehen.“



 weitere Infos
gorleben-rundschau.de/links
zu diesem Artikel



Sargnagel für Gorleben

Klaus Lehmann setzt den Sargnagel für Gorleben. Während der kulturellen Landpartie (KLP) im Wendland im Mai bat der Betreiber der Kulturstätte „Alte Sargtischlerei“ in Hitzacker die Besucher seines Wundepunktes, den ultimativen Sargnagel zu schmieden und ihn entsprechend zu platzieren. „Jeder Sargnagel festigt das Ende Gorlebens,“ so Lehmann nach dem Transport der Nägel zum Salinas-Gelände in unmittelbarer Nachbarschaft zum Schwarzbau. „In diesen Sarg kann keiner mehr einsteigen. Gorleben ist dicht!“

 weitere Infos
gorleben-rundschau.de/links
zu diesem Artikel

ENTMACHTUNG DER LÄNDER

von Andreas Conrad



Das neue Standortauswahlgesetz kommt einer fast vollständigen Entmündigung der Bundesländer bei der Zuständigkeit für Atomanlagen gleich – mit schlimmstenfalls verheerenden Folgen auch für den Standort Gorleben.

Das hohe Tempo und die Art und Weise, auf die das neue Standortauswahlgesetz zur Verabschiedungsreife geprügelt wurde, nährte bei Anti-Atom-Organisationen den Verdacht, dass Gorleben weiter erste Wahl bleiben und der Salzstock im Wendland endlich gerichtsfest gemacht werden soll. Doch auch das Gesetz selbst legt diesen Verdacht nahe.

„Während bei Endlagern für hochradioaktiven Müll der Bundestag jede Stufe der Standortsuche mit Beschlüssen absegnen soll, fehlt beim schwach- und mittelradioaktiven Müll jegliche Kontrolle dieser Art,“ sagt Astrid Schneider, Solararchitektin und Sprecherin der Bundesarbeitsgemeinschaft Energie von Bündnis 90/Die Grünen. „Das beschlossene Standortauswahlverfahren bezieht sich

nur auf die Suche nach einem Endlager für hochradioaktiven, wärmeentwickelnden Atommüll. Die mitverabschiedete Verlagerung sämtlicher Zuständigkeiten für atomare Endlager von den Ländern auf den Bund bezieht sich aber auf alle Arten von Atommüll.“ Dies sei in der Öffentlichkeit bislang kaum beachtet und diskutiert worden.

Das neue Standortauswahlgesetz ändert nämlich das Atomgesetz so umfangreich, dass zwei Genehmigungsstränge entstehen: Einer für hochradioaktiven, wärmeentwickelnden Atommüll, der nach dem im neuen Gesetz beschriebenen Legalplanungsverfahren abläuft, und ein weiterer, der sich auf den sehr umfangreich vorhandenen schwach- und mittelradioaktiven Atommüll bezieht.

Hier erhält das neu geschaffene Bundesamt für kerntechnische Entsorgung (BKE) sofort alle Genehmigungszuständigkeiten für atomrechtliche, wasserrechtliche und bergrechtliche Fragen sowie für die Umweltverträglichkeitsprüfung und die Bergaufsicht. Den Bundesländern wur-

de damit die Atomaufsicht entzogen und diese an das – noch zu schaffende – BKE übertragen.

„Möchte der zukünftige Vorhabensträger zum Beispiel den Asse-Müll in Schacht Konrad einlagern, hat nur der Bund das Sagen darüber,“ erklärt Astrid Schneider. Reicht der Platz dort nicht für allen schwach- und mittelradioaktiven Atommüll aus, könnte sich nach jetzt verabschiedeter Gesetzeslage das BKE beispielsweise den Standort Gorleben im Alleingang genehmigen – ohne Zustimmung des Landes.

Hinter vorgehaltener Hand nennen Juristen die Architekten dieses zweigleisigen Modells: Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann und Grünen-Fraktionsvorsitzender Jürgen Trittin wollten die zentrale Zuständigkeit. Sie fanden schon nicht gut, dass die Länder in der Erkundungsphase beim hochradioaktiven Müll für Berg- und Wasserrecht zuständig bleiben.

„Mit dieser Änderung der Zuständigkeit,“ so Ulrike Donat, Rechtsanwältin der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Danenberg (BI), „könnte der Bund darauf hinarbeiten – ohne Beteiligung der Öffentlichkeit, ohne Verfahren nach Standortauswahlgesetz – auch in Gorleben schwach- und mittelaktive Abfälle einzulagern, zum Beispiel aus der Asse oder dem Abbruch von AKW!“ Die BI sieht darum selbst dann kein Ende der Proteste kommen, sollte der Salzstock im Wendland als Standort für hochradioaktiven Müll aus dem Verfahren ausscheiden: „Es darf auch für derlei Abfälle keinerlei Sicherheitsabschläge geben, und Gorleben ist nun einmal geologisch ungeeignet!“ ✨

AKW schneller abschalten!

Noch immer laufen in Deutschland neun AKW – die meisten laut Plan bis 2022. „Damit ist die Bundesrepublik in der EU weiterhin der zweitgrößte Atomstrom-Produzent. Benötigt werden die Reaktoren für die Stromversorgung nicht mehr,“ so Jochen Stay von .ausgestrahlt. „Deutschland hat massive Überkapazitäten. Deshalb fordern wir eine deutliche Beschleunigung beim Atomausstieg.“ Stay bemängelt, dass in Deutschland immer mehr Gaskraftwerke vom Netz genommen werden, obwohl diese als Ausgleich für die schwankende Stromerzeugung aus Sonne und Wind dringend benötigt würden.

Warum nur Niedersachsen?

Die Kosten für die 13 Castor-Transporte, die von 1995 bis 2011 nach Gorleben transportiert wurden, summieren sich auf 361,9 Millionen Euro. Die finanzielle Last trug stets allein das Land Niedersachsen. „Für uns ist nicht nachvollziehbar, dass Niedersachsen sich die Kosten für die Müllabfuhr weder von der Gesellschaft für Nuklearservice (GNS) noch von den anderen Bundesländern mit erstatten ließ,“ wundert sich die BI. „Proteste gegen Atommülltransporte sind demokratisches Grundrecht, die Atommülllagerung ist eine bundesweite Aufgabe. Die GNS sollte für die Müllabfuhr auch im Nachhinein bezahlen.“

Gratulation

Die BI hat dem Tokioter Anti-Atom-Aktivist Taro Yamamoto zur Wahl ins Oberhaus des japanischen Parlaments gratuliert. „Wir kennen Dich als starken Kämpfer,“ so Kerstin Rudek für die BI, „und wir sind sicher, dass Du nun wichtige Arbeit gegen die Atomenergie leisten kannst. Wir freuen uns auf einen weiteren Austausch mit Dir.“

STRAHLENDE BESTANDSAUFNAHME

von Torben Klages



Fast genau 30 Jahre nach dem Erscheinen des ersten so genannten Sorgenberichts gibt es nun eine komplett überarbeitete Version dieser Bestandsaufnahme. Auch sie erscheint unter dem Titel „Sorgenbericht.“

Als Ergebnis einer Arbeitsgruppe gibt die Atommüllkonferenz unter Federführung der AG Schacht Konrad eine detaillierte Liste der Atommüllstandorte und der dort lagernden Mengen heraus. Das 240 Seiten umfassende Schriftstück kommt

damit pünktlich zur anstehenden Bundestagswahl und befeuert die Debatte um die gerade eingeleitete Standortauswahl mit einer eindrucksvollen Auflistung der Atommüllmengen in Deutschland. Peter Dickel von der AG Schacht Konrad, der die Arbeitsgruppe leitete, sieht den Sorgenbericht als eine Grundlage für eine breite öffentliche Auseinandersetzung mit dem Atommüll: „Wer mit uns über einhundert Millionen Jahre Sicherheit reden will, der muss noch beweisen, dass er die Gefahren im Hier und

Jetzt ernst nimmt und seriös damit umgeht!“ Kaum jemand wisse schließlich, ob in der Nähe seines Wohnortes Atommüll lagert – und wenn ja, wieviel.

Diesen Fragen ist das Redaktionsteam um Ursula Schönberger von der AG Schacht Konrad und Wolfgang Neumann (INTAC) auf den Grund gegangen – mit sowohl überraschenden als auch erschreckenden Ergebnissen.

Der Sorgenbericht dient Menschen, die erst am Anfang der inhaltlichen Auseinandersetzung stehen, als fundierte



weitere Infos
gorleben-rundschau.de/links
zu diesem Artikel

Grundlage, um sich in die öffentliche Diskussion einzuschalten. Aber auch langjährigen Kennern kann er als umfangreiches Nachschlagewerk nützlich sein. Er beinhaltet aktuelle Stellungnahmen zur politischen Entwicklung und ein Plakat mit der Übersicht aller Atomstandorte bundesweit und bietet darüber hinaus die Möglichkeit, sich mittels einer interaktiven Webseite mit anderen Interessierten auszutauschen.

Den Sorgenbericht gibt es ab sofort für 15 Euro bei der BI. Ein Anruf oder eine Mail an uns genügen. Selbstverständlich könnt Ihr auch direkt im BI-Büro in Lüchow vorbeischauen. ✨

Das Original von 1983

Auf der Atommüllkonferenz in Gronau im Jahre 1983 wurde beschlossen, dem „Entsorgungsbericht“ der damaligen Bundesregierung einen ungeschönten Gegenentwurf vorzulegen. Das war die Geburtsstunde des „Sorgenberichts“, denn schon vor 30 Jahren gab es Anlass zur Sorge im Umgang mit Atommüll.

So publizierten die Bürgerinitiativen gegen Atomanlagen unter der redaktionellen Leitung von Wolfgang Ehmke (BI Lüchow-Dannenberg) und der Koordination von Peter Dickel (AG Schacht Konrad) eine 46 Seiten umfassende Broschüre, die sich ausgiebig dem Thema Atommüll und dessen Umgang durch die Verantwortlichen widmete.

Erschreckenderweise hat sich in den letzten 30 Jahren wenig getan, was auf einen nun sorgsameren Umgang mit Atommüll hinweisen würde. Viele Texte aus dem Jahr 1983 sind auch heute noch von besorgniserregender Aktualität. So be-



legt der alte Sorgenbericht, dass alle Warnungen durch die Anti-Atom-Bewegung bei den Verantwortlichen ungehört verhallen.

Heute wissen wir, dass die Tiefenlager Asse und Morsleben havariert sind, Gorleben und Schacht Konrad bleiben von der Politik nach wie vor gesetzt!

30 Jahre lang ist der Atommüllberg weiter gewachsen, ein Wachsen des Verstandes der Verantwortlichen ist dagegen nicht zu erkennen. ✨

Die BI gratuliert

Der sechste Internationale Bremer Friedenspreis geht unter anderen an Atomkraftgegner aus Gorleben. Die in drei Kategorien mit je 5000 Euro dotierte Auszeichnung der Stiftung „dieschwelle“ wird am 29. November im Bremer Rathaus verliehen. Mit dem Preis für „öffentliches Wirken“ werden Andreas Graf von Bernstorff und Anna Gräfin von Bernstorff aus Gartow im Wendland geehrt. Seit 35 Jahren leiste das Paar Widerstand gegen Castortransporte und Atompolitik, teilte die Stiftung Mitte August mit.



DER SCHLUMMERENDE ATOMRIESE

von Jens Feuerriegel

Die PKA in Gorleben ist aus dem Fokus geraten. Doch für die Industrie spielt sie nach wie vor eine große Rolle.

Völlig still ist es im Bauch des Stahlbeton-Monsters, das wie geleckert aussieht. Vorbei an Pollux und Castor, noch ein paar Stahltüren, und dann steht man an den Parallelmanipulatoren und den Strahlenschutzfenstern an der heißen Zelle. Die Wand zu ihr ist anderthalb Meter dick. „Alles High-Tech pur“, sagt Lutz Oelschläger stolz. Er ist Werkleiter des atomaren Zwischenlagers Gorleben, auf dessen Gelände auch die Pilotkonditionierungsanlage (PKA) steht – ein Name, so riesig wie der Betonbau. 400 Millionen Euro hatte die Atomindustrie einst in die PKA investiert. Sie entstand in den Neunzigerjahren. Die Industrie wollte dort ursprünglich erproben, wie Brennelemente aus Castoren herausgeholt, zerlegt und in endlagerfähige sogenannte Pollux-Behälter gepackt werden. Doch als die PKA dann im Jahr 2000 ihre Betriebsgenehmigung erhielt, war davon nicht mehr viel übrig. Rot-Grün war an der Regierung. Es gab den Energiekonsens. Plötzlich hieß die PKA wahlweise Stand-by- oder Castor-Reparaturhalle. Falls irgendetwas an den Atommüll-Behältern von nebenan defekt sein sollte, könnte man sie in der heißen Zelle reparieren. Ansonsten sollte allenfalls kalt hantiert werden – mit Dummys. Spielereien für Ingenieure.

Das ist jetzt 13 Jahre her. Um die sogenannte Konditionierung ist es ruhig geworden. Könnte es sich womöglich um eine weitere Investitionsruine der Atomindustrie handeln? Der Werkleiter winkt ab. Das könne einem vielleicht aufgrund der langen Endlager-Suche so vorkommen. Doch die PKA habe als Forschungs- und Entwicklungsbetrieb einen festen Platz in den Planungen. Sobald es einen definitiven Standort für ein Endlager gebe, werde man nämlich auch den heißen Betrieb erproben. Und Lutz Oelschläger lässt keinen Zweifel daran, dass das auch geschehen wird – egal, ob der Müll in Kokillen, im Pollux oder per Castor zur endgültigen Ruhestätte gebracht werden soll. Spätestens dann also wird



in der heißen Zelle aus Spielerei Ernst, aus dem Dummy Radioaktivität. Noch schlummert der Atomriese nur.

Die PKA steht auf einer Grundfläche von 61 mal 51 Metern, ist 20 Meter hoch – und gar 60 Meter ragt der Abluftkamin in die Höhe. Aus ihm könnten eines Tages 0,3 Millisievert Emissionen pro Jahr entweichen. Zwischenlager-Pressesprecher Jürgen Auer sagt: Da bräuchten die Landwirte mehr Radionuklide im Frühjahr auf ihren Feldern aus. Genehmigt ist die PKA für einen Jahresdurchsatz von 35 Tonnen. Ausgelegt ist sie allerdings für ein Mehrfaches. Die tatsächliche Konditionierungsanlage, also nicht die PKA, werde eines Tages allerdings auf 450 bis 500 Tonnen Jahresumsatz ausgelegt sein müssen, sagt Lutz Oelschläger. Sie sei sinnvoll nur dort, wo tatsächlich auch das Endlager sei. Also noch einmal: In Gorleben werde nur geprobt und geforscht. Und was passiert dann jetzt in der PKA? Erster Aufmerksamkeitsreger: Es fielen jährlich Betriebskosten von fünf Millionen Euro an, sagt Oelschläger: „Die Anlage hat einen hohen Wartungsaufwand“. Wartungen, ständige atomrechtliche Prüfungen, wöchentliche Gutachter – insgesamt 500 Prüfungen pro Jahr. Im Schnitt hätten dort drei Beschäftigte zu tun. Mitunter werde auch kalt erprobt, wie sich nicht kontaminierte Brennelemente zerlegen und in Pollux-Behälter packen lassen. Das sei dann etwa eine Woche Arbeit. Das ist sozusagen die Mut-

ter der Konditionierung: Indem man das Inventar vom Castorbehälter zerkleinert und in die nur halb so schweren Pollux-Behälter verfrachtet. Ein Verfahren, das übrigens nur für Salz vorgesehen sei, betont Werkleiter Oelschläger – ein nach wie vor aktuelles Konzept. Aber auch die beiden anderen derzeit diskutierten Varianten ließen sich in der PKA erproben: Da gäbe es auch noch die Brennstab-Kokille, in die die Brennelemente gepackt werden könnten. Diese Kokillen könnten dann eines fernen Tages in einem Endlager in Bohrlöchern versenkt werden. Und schließlich die sogenannte direkte Endlagerung: Die Castoren landen als solche im Endlager, würden aber zuvor im Inneren mit Magnetit verfüllt. Dazu müsste man sie in der heißen Zelle öffnen. Alle drei Verfahren könnten schon derzeit kalt in der PKA erprobt werden. Gäbe es eines Tages ein Endlager, egal wo, wären auch reale Tests möglich. Dafür wäre eine weitere Genehmigung nötig. Zukunftsmusik.

Es gibt nicht wenige Gorleben-Gegner, für die ist die PKA die potenziell gefährlichste der drei Gorleben-Anlagen. Dort werde die Büchse der Pandora geöffnet, sagen sie. Dort werde am offenen Herzen operiert. Lutz Oelschläger kontert das mit der Sicht des Ingenieurs: Man baue viele Schranken ein, damit der Umgang mit dem irgendwann radioaktiven Material ungefährlich sei. So könne man mit Sicherheit mit der „heißen Ware“ umgehen. *

Sittenwidriger Vertrag

Eine Betriebserlaubnis erlischt, wenn von ihr nicht Gebrauch gemacht wird, nach einigen Jahren. Das gilt im Bau-recht, das gilt beim Immissionsschutz. Doch da hat die Gesellschaft für Nuklear-service (GNS) vorgebaut. 1997 vereinbar-ten das Niedersächsische Umweltminis-terium (NMU) und die GNS, dass bereits die Empfangsbereitschaft der Pilot-Kon-ditionierungsanlage (PKA) als Betriebs-beginn zu werten sei: „Den Vertragspart-nern ist bewusst, dass aufgrund des Charakters der PKA (...) nicht davon aus-gegangen werden kann, dass die PKA von Beginn an einen Dauerbetrieb auf-nehmen oder aufrechterhalten wird. Auf-grund dieser besonderen Funktion der PKA wird (das) NMU im Falle von derar-tigen Stillständen weder als Genehmi-gungs- noch als Aufsichtsbehörde die er-teilte Genehmigung in Frage stellen oder die Aufnahme oder Fortsetzung des ge-nehmigten Betriebes behindern.“

Das NMU schloss diesen Vergleich mit der GNS, um Schadensersatzansprüchen in Höhe von 15 Millionen DM aus dem Wege zu gehen. Mit einem Kniefall vor den Interessen der Atomwirtschaft ga-rantierte die damalige Umweltministerin Monika Griefahn, dass die Unterlagen zügig bearbeitet würden, damit die Re-alisierung der PKA vorankäme. Zu der Vereinbarung gehörte auch, dass die Be-triebserlaubnis auch dann nicht erlischt, wenn der Betrieb nicht aufgenommen wird.

Das NMU ließ sich sogar auf folgende Passage ein: „Im Interesse eines zügigen Genehmigungsverfahrens (...) wird (das) NMU für die PKA über die bestehenden Gutachterverträge hinaus keine weiteren Gutachter einschalten oder einen Wechsel der Gutachter vornehmen, insbeson-dere keine Mehrfachbegutachtung (...) veranlassen, soweit nicht gesetzlich zwingend erforderlich.“ Das ist nicht hin-nehmbar.

Das NMU muss diesen sittenwidrigen Vertrag kündigen. Die Betriebserlaubnis der PKA gehört auf den Prüfstand. Dazu müssen externe Gutachter eingeschaltet werden. Den Planspielen, die PKA für die Konditionierung waffenfähigen und brennbaren Urans zu nutzen, muss ener-gisch entgegengetreten werden. Diese Forderungen hat die BI Umweltminister Wenzel bei seinem Besuch im Kreistag am 3. Juli vorgetragen.

DABEI SEIN ODER NICHT?

von Andreas Conradt

Nun ist das ungeliebte Standortauswahlgesetz da. Erste Meldungen und Gerüchte über die Besetzung der Kommission, die in den nächsten zwei Jahren Kriterien für die Standortsuche entwickeln und das festgelegte Verfahren nochmal neu disku-tieren soll, sind bereits im Umlauf. Gesetz und Kommission können von der Anti-Atom-Bewegung weder durch Verhandlungen noch durch Protest auf der Straße jetzt noch verhindert werden. Was nun?

Während Wirtschaft, Gewerkschaften und Kirchen ihre VertreterInnen bereits be-nannt haben, steht die Festlegung auf zwei Personen aus den Umweltverbänden noch aus. Um Vorschläge für deren Besetzung zu erhalten, hatte sich der Bundestag an den Deutschen Naturschutzring (DNR) gewandt, den Dachverband zahlreicher Umwelt- und Naturschutzorganisationen. Er wurde gebeten, sich dabei auch mit Or-ganisationen abzustimmen, die nicht DNR-Mitglied sind.

Auf einem Beratungstreffen in Berlin hatten daraufhin Greenpeace, Robin Wood und der BUND erklärt, nicht in der Kommission mitarbeiten zu wollen, weil das Gesetz der Kommission kaum Gestaltungsmöglichkeiten lasse. Andere Organisationen, etwa die Deutsche Umwelthilfe (DUH) und .augestrahlt, signalisierten, dass sie über eine Mitarbeit nachdenken. Eine Einigung kam in Berlin nicht zustande.

Auf dem Treffen wurde darum beschlossen, die Anti-Atom-Bewegung und vor allem auch die Standort-Initiativen, bei denen heute schon hochradioaktiver Müll lagert, an der Benennung zu beteiligen. Der DNR hatte daraufhin dem Bundestag geantwortet, dass die gesetzte Frist zur Benennung der beiden Kommissions-Mitglieder bis 16. August nicht einzuhalten ist. Die Politik reagierte empört: „Das geht gar nicht,“ kom-mentierte Sylvia Kotting-Uhl (Grüne). Auch Ute Vogt (SPD) fand „keinen Grund zu warten.“ Notfalls, so Vogt, müsse die Politik selbst VertreterInnen benennen. Und sie sieht noch eine andere Möglichkeit: „Wenn sie sich nicht rechtzeitig melden, bleiben die Plätze der Umweltgruppen eben erst mal unbesetzt.“

Bei der von den Initiativen der bisherigen vier „Endlager“-Standorte Gorleben, Asse II, Schacht Konrad und Morsleben ohnehin geplanten Atomwülfkonferenz am 31. Au-gust in Kassel stand die Bewertung von Gesetz und Kommission schon seit längerem auf der Tagesordnung. Bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe waren Ergebnisse der Konferenz zwar noch nicht bekannt, doch schon im Vorfeld des Treffens waren harte Auseinandersetzungen erwartet worden, denn auch die Bewegung ist sich uneins: „Ist es für die Sache förderlich, wenn Umweltverbände in der Kommission sitzen, die bisher wenig zur Sache gearbeitet haben, relativ staatsnah und möglicherweise

weniger unabhängig sind,“ fragt Jochen Stay von .augestrahlt. Oder ist es bes- ser, dass die Anti-Atom-Bewegung selbst in die Kommission geht, die sie eigent-



weitere Infos
gorleben-rundschau.de/links
zu diesem Artikel

lich in dieser Form ablehnt, da sie viel zu wenig zu sagen hat? Wolfgang Ehmke von der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg benennt die dritte Möglichkeit: „Die Kom-mission ist Teil der ganzen Farce der angeblich neuen Endlagersuche. Wir sollten ihr die kalte Schulter zeigen!“ Er plädiert für leere Plätze, denn „die Kommissionsarbeit hängt am Gängelband der Parteien.“ ✨

Castoren doch nach Gorleben?

Ganz aktuell spielt die PKA eine Rolle für weitere Castortransporte nach Gorleben, denn nach Inkrafttreten des Standortauswahlgesetzes sollen vorerst keine weiteren Castoren ins Wendland rollen, um bei einer angestrebten alternativen Endlagersu-che den Druck vom Standort zu nehmen. Der Atomwülf könnte doch auch in die Zwischenlager an den Atomkraftwerken geschickt werden, so die Idee der Politik. Ein typischer Fall von Denkste. Denn der aktuelle Transportbehälter HAW28M ist ledig-lich für Gorleben genehmigt. Wegen seines speziellen Deckelsystems ließe er sich im Notfall lediglich in der PKA reparieren. Das sei Bestandteil der Genehmigung, unterstreicht die GNS. Andere Castoren ließen sich dagegen in den AKWs reparie-ren. Damit ist offenbar klar: Die restlichen Fuhren Atomwülf aus der ausländischen Wiederaufarbeitung ab 2014 oder 2015 müssen wohl nach Gorleben. Die Alternative wäre ein jahrelanges Genehmigungsverfahren andernorts – mit offenem Ausgang.



weitere Infos
gorleben-rundschau.de/links
zu diesem Artikel

Besuch aus Mali

Vor 40 Jahren hat der französische Atomkonzern Cogéma – heute AREVA – Uran-, Kupfer- und Bauxitvorkommen in Falea im Westen Malis entdeckt. Die malische Regierung will aus den Bodenschätzen Kapital schlagen und hat der kanadischen Firma Rockgate Capital Corp die Erkundungsrechte im Hinblick auf den Abbau dieser Rohstoffe bewilligt.

Wie sich die Menschen in dieser dünn besiedelten Region gegen den drohenden Uranabbau mit den verheerenden Folgen für Menschen und die Natur zur Wehr setzen, weiß Nouhoum Keita zu berichten. Nachdem im Juni im Europäischen Parlament eine eindrucksvolle Ausstellung über Falea zu sehen war, kontaktiert Keita derzeit Parteien, Organisationen und Umweltverbände, um die internationale Unterstützung für seine Organisation ARACF (Verein der Ehemaligen und Freunde der Gemeinde Falea) aufzubauen. Dabei führte ihn seine 14-tägige Europareise auch ins Wendland. Gastgeber war Günter Hermeyer von der Bürgerinitiative (BI), der sich seit Jahren gegen Uranabbau in Afrika engagiert. Für die Atomindustrie beginnt alles mit dem Abbau von Uran.

„Für uns endet alles mit dem Uranabbau,“

sagt der engagierte Journalist, dessen Wurzeln selbst in Falea liegen. Auf den Schautafeln des Beluga-Denkmal wird dieser tödliche Kreislauf aufgezeichnet: Uranabbau, AKW-Betrieb, Wiederaufarbeitungsanlagen und Atommüllberge. Wie sich am Ende die Bevölkerung in Falea zur Wehr setzen kann, weiß auch Nouhoum Keita nicht vorherzusagen. Sein Interesse richtet sich unter anderem auf europäische Standards bei der Exploration von Uranvorkommen und mögliche Klagen von Kommunen gegen derartige Projekte.

Für die BI, die enge Kontakte zu japanischen Atomkraftgegnern und den afrikanischen Gegnern des Uranabbaus hält, ist jede internationale Begegnung und Vernetzung auch ein Blick über den Tellerrand, betont Hermeyer.

Deshalb hat die Bürgerinitiative den französischen Atomkonzern AREVA auch für den diesjährigen Schmähpriest der Stiftung Ethecon vorgeschlagen. Günter Hermeyer: „Eine Möglichkeit, den Fokus auf den Uranabbau zu richten, der schließlich dem Betrieb der Atomkraftwerke und der Atommüllproblematik vorgelagert ist.“

Wolfgang Ehmke ✨



weitere Infos
gorleben-rundschau.de/links
zu diesem Artikel



Faleas schöne Landschaft, geliebt und gepflegt von den dort lebenden Menschen.



Zwei juristische Streitfälle, an denen auch die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI) beteiligt war, sind kürzlich verhandelt worden. Dabei ist eine Klage vor dem Bundesverfassungsgericht (BVerfG) gegen das Niedersächsische Versammlungsgesetz ohne Begründung abgewiesen worden. Damit ist der Versuch vorerst gescheitert, die Erschwernisse des Versammlungsrechts in Niedersachsen zu vereiteln. Durch einen bedrohlich wirkenden Bußgeldkatalog und bürokratische Hürden bei der Demo-Anmeldung werde die Freiheit auf Meinung und Protest in einer Weise eingeschränkt, die das Wesen der im Artikel 8 des Grundgesetzes verbrieften „Freiheit auf Versammlung“ verletzte, so die BI. „Zur lebendigen Demokratie gehört das Demonstrationsrecht, und wer eine Kundgebung anmeldet, soll dazu ermü-



tigt und nicht eingeschüchtert werden,“ sagte Sprecher Wolfgang Ehmke.

Beim zweiten Prozess war die BI dagegen erfolgreich: Der Berliner Polizeipräsident zog die Berufung gegen ein Urteil des Berliner Verwaltungsgerichts zurück, das entschieden hatte, dass das Filmen der Anti-Atom-Demo am 5. September 2009 rechtswidrig war. Die Argumenta-

Verloren und gewonnen

tion der Polizei, die Überwachung diente allein der Verkehrs- und Einsatzlenkung, ließen die Richter nicht gelten. In der Dauerbeobachtung sahen sie einen Eingriff in die Versammlungsfreiheit. Eine Einschüchterung der Demonstranten sei nicht auszuschließen. Dieser Rückzieher folgt jedoch einem Kalkül, denn im April hatten SPD und CDU aus diesem Verfahren den Schluss gezogen, ein neues Gesetz durchzuboxen, das der Polizei „Übersichtsaufnahmen zur Lenkung und Leitung des Polizeieinsatzes bei Versammlungen unter freiem Himmel“ erlaubt.

Andreas Conradt ✨



weitere Infos
gorleben-rundschau.de/links
zu diesem Artikel

Aktionen und politische Arbeit

Im Juli fand in Hitzacker eine **Kreistags-sitzung** mit dem Landesumweltminister Stefan Wenzel (Grüne) statt. Fragen und Statements kritischer Zuhörer auch aus Reihen der BI machten am Ende deutlich, dass das Gesetz überhaupt nicht das Ende von Gorleben bedeutet!

Rund 20 Teilnehmer/-innen der Radtour „**Reclaim Power Tour**“, deren Ziel ein Klimacamp im Rheinland war, kamen am 30. und 31. Juli ins Wendland. Vertreter der BI und weitere Widerständler sind mit den Aktivist/-innen die Straßentransportstrecke des Castors abgefahren. An verschiedenen Punkten wurden von Zeit-

zeugen des Gorleben-Widerstands informative Vorträge zu den Protesten gehalten. Ziel der Tour war es, die „Energiekämpfe“ zu vernetzen und damit einen Austausch und eine Plattform für gemeinsame Aktivitäten zu schaffen.

Ein Vortrag von Alexander Neureuter war am 1. August im Lokal Schwedenschanze zu hören. Der von der Castorgruppe Hühbeck-Gartow-Gorleben organisierte Vortrag trug den Titel „**Der Nebel des Schweigens über Tschernobyl und Fukushima**“, dem über 70 Leute lauschten. Der Fotojournalist Neureuter war mehrere Wochen im Frühsommer in

Japan (und früher auch in Tschernobyl), hat dort viele Leute interviewt und Messungen von Radioaktivität durchgeführt. Mit eindrucksvollen Fotos, Dokumenten und wissenschaftlichen Details war sein Vortrag eine gut recherchierte Übersicht der katastrophalen Folgen dieser Kernschmelzen.

Der **Ratschlag** vom 13. August im Café Grenzbereich in Platenlaase war eine schöne Einstimmung auf das Aktions-

weitere Infos
gorleben-rundschau.de/links
 zu diesem Artikel

wochenende am 24./25. August (siehe Bericht Seite 4). Es gab aktuelle Informationen zum Standortauswahlgesetz und zum ernsthaften Ist-Zustand Gorlebens, und es herrschte Einigkeit unter den Teilnehmern, weiterzukämpfen.

Außerdem hat am 7. September eine **Informationsveranstaltung** zum Abschluss des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses Gorleben mit Zeugen, Experten und Vertretern der Politik stattgefunden. Nähere Informationen hierzu gibt es in einem ausführlichen Artikel in der nächsten Gorleben Rundschau im November.

Anja Meyer ✨



Bei Kreistagssitzungen in Lüchow-Dannenberg - hier im Jahr 2011 - geht es immer wieder auch um Gorleben.



GLOSSE

Wohlerzogene Terroristen

Es steht zu vermuten, dass es den Schleswiger Richtern an Sachkenntnis mangelte, als sie die Genehmigung des Atom-müll-Zwischenlagers beim AKW Brunsbüttel aufhob, weil „... die Risiken für den Fall eines gezielten Terrorangriffs mit Flugzeugen und eines Angriffs mit speziellen Waffen (...) nicht im erforderlichen Umfang berücksichtigt worden“ seien.

Gegen Flugzeugangriffe ist doch jedoch die große Halle hinreichend sicher! Wie hätte man sonst jemals das Zwischenlager in Gorleben genehmigen können?

Und einen Angriff auf kerntechnische Anlagen kann es überhaupt nicht geben! Schon vor achtunddreißig Jahren hat nämlich eine vorausschauende Bundesregierung einem solchen Vorhaben einen sicheren Riegel vorgeschoben! Auf eine Große Anfrage erklärte der damals zuständige Bundesminister, Prof.

Dr. Werner Maihofer, wörtlich: „Auf der zweiten diplomatischen Konferenz für die Bestätigung und Fortentwicklung des humanitären Völkerrechts im April 1975 in Genf wurde (...) beschlossen Waffen-einwirkungen auf Kernkraftwerke zu untersagen.“

Worüber macht man sich da noch Sorgen? Hat man denn je gehört, dass ein halbwegs wohlerzogener Terrorist etwas Verbotenes tut?

Das Schleswiger Gericht sollte sein voreiliges Urteil zurücknehmen und die schönen Castorbehälter, deren in jeder Hinsicht absolute Sicherheit und absolute Gefährlosigkeit uns doch seit Jahren immer wieder gepriesen wurde, getrost in Brunsbüttel stehen lassen!

Die Menschen dort werden's ihm danken – vielleicht machen sie ja eine gewinnbringende Touristenattraktion daraus.

Ulrich Uffrecht ✨

Verräterisch

„Er weiß schon bevor andere Standorte auf ihre Eignung als Atommüllendlagerung untersucht werden, dass es bei Gorleben bleibt.“ So reagierte die BI auf eine Aussage des CDU-Direktkandidaten Eckhard Pols, dass es wohl noch 15 Jahre Geplänkel um Gorleben als Standort für ein Atomendlager geben werde, bevor die Entscheidung dann doch für Gorleben fallen werde.

Von Ergebnisoffenheit sei Pols weit entfernt. Er bestätige hingegen die Kritik am Suchverfahren, wie sie die BI formuliert: „Gorleben als einzigen Standort im angeblich neuen Suchverfahren festzuschreiben, ist eine perfide Strategie, um am Ende Gorleben gerichtsfest erneut als potentiellen Standort präsentieren zu können.“

DIE DEBATTE IST TOT!

Frank Linke berichtet von Blockaden französischer Endlagergegner



Was den Deutschen Gorleben ist, ist den Franzosen Bure im ostfranzösischen Lothringen. Und was den Deutschen das sogenannte Erkundungsbergwerk im Wendland ist, ist den Franzosen das Forschungslabor ANDRA. Die Planung für ein Atommüllendlager in Bure befindet sich zurzeit in der Phase des zweiten und letzten Anhörungsverfahrens.

Diese so genannte Débat Public (öffentliche Debatte) ist seit 2006 gesetzlich vorgeschrieben, bevor ein Antrag auf Baugenehmigung des Endlagers vom Centre Industriel de Stockage Géologique (Industriezentrum zur geologischen Lagerung; CIGEO) gestellt werden kann. Vielen Franzosen ist das übrigens ein etwas verharmlosender Name für ein Atommüllendlager.

Dieses Gesetz, das seinerzeit von nur 19 Abgeordneten verabschiedet worden war, ignoriert alle Einwände und Einsprüche der ersten Débat Public von 2005, an der sich Anti-Atom-Organisationen noch aktiv beteiligt hatten. Doch vor der Erfahrung der Nutzlosigkeit einer solchen Debatte, die französischen Atomkraftgegnern ein Ausdruck einer Scheindemokratie zu sein scheint, haben sich nun rund 40 Umweltschutzgruppen zusammengeschlossen, um die zweite Débat Public komplett zu boykottieren und zu verhindern. Eigentlich waren an 14 Orten in ganz Frankreich Anhörungstermine vorgesehen.

Zur ersten Veranstaltung dieser zweiten

Débat Public in Bure im Mai dieses Jahres hatten Endlagergegner stark mobilisiert und sie dann durch Schreien, Singen und Musik mit über 150 Personen lautstark zum Platzen gebracht. Die Kommission sagte die Veranstaltung nach 20 Minuten der Störung ab und ließ auch gleich zwei weitere in Saint Dizier und Joinville ausfallen.

Mitte Juni wollte es die Kommission aber noch mal wissen. In Bar le Duc, der Hauptstadt des Departement Meuse, wurde erneut ein Anhörungstermin angesetzt. Wieder hatten die Umweltschützer gut mobilisiert, zugleich aber ihre Taktik geändert und waren mit über 200 Personen diesmal *im* Saal vertreten. Die Teilnahme konnte ihnen nicht verwehrt werden, da es sich um eine öffentliche Veranstaltung handelte. Nach fast einer Stunde Beifallklatschen, Pfeifen und Buhrufen, ohne dass sich das Podium verständlich machen konnte, wurde auch diese Veranstaltung vorzeitig beendet. Drei Tage später wurden die übrigen zehn noch ausstehenden Termine endgültig abgesagt, darunter in so wichtigen Städten wie Nancy.

Als Folge der erfolgreichen Störaktionen hat die Kommission ihre Strategie daraufhin geändert: Aus den großen und öffentlichen Veranstaltungen wurden kurzerhand fast schon geheime Treffen gemacht, nur auf der Ebene der kleinen Gemeinden der unmittelbaren Umgebung von Bure. Keine groß angelegte Werbung mehr in Presse und Internet,

sondern nur noch Aushänge und Briefwurfsendungen in den Dörfern.

Doch auch darauf konnten sich die Endlagergegner schnell einstellen: Die lokalen Umweltschutzgruppen haben kurzerhand ihre Mitglieder alarmiert und so von der ersten geheimen Veranstaltung Anfang Juli in Rachecourt erfahren. Geplant waren auch hier Störmanöver – doch das war gar nicht mehr nötig: Die Information an die örtliche Bevölkerung war inzwischen so spärlich, dass niemand zur Veranstaltung kam und es für die Aktivisten nicht viel zu blockieren gab. Mitte Juli hat es die Kommission dann noch einmal in Bonnet versucht, einem Nachbarort von Bure, in dem 2010 der Gemeinderat als einziger in der Region mehrheitlich gegen das Endlager gestimmt hat und der Bürgermeister auf Seiten der Kritiker steht.

Doch auch dort kam es zur Blockade: Draußen stand die Kommission, Aktivisten blockierten den Eingang, und im Saal waren vier abtrünnige Gemeinderatsmitglieder, die zu Beginn die sich bildende Blockade forciert hatten und an der Veranstaltung teilnehmen wollten. Nach einer Stunde zog die Kommission unter lautem Jubel der Bure-Gegner ab, im Ohr den Ruf: „Habt ihr’s endlich verstanden: Le débat est mort! Wir werden sonst alle Veranstaltungen blockieren.“ Wie es nun weitergehen soll, ist derzeit völlig offen. Die Gegner des geplanten Endlagers in Bure aber sind zuversichtlich: „Fortsetzung folgt!“

Fotos: PubliXviewinG (16, 17 unten)



Kleines Festival gegen großes Lager

Am letzten August-Wochenende fand das jährliche Festival der Gegner des Atommüllendlagers bei Bure statt. Auf einer Weide im benachbarten Bonnet mit Park- und Campingmöglichkeiten und im Rathaus gab es ein Matratzenlager. In grossen Zirkuszelten wurde ein reichhaltiges Programm zum Nachdenken und zum Vergnügen geboten – mit Musik für alle und Animation für die Kinder.



Widerstandshaus in Bure

2004 hat die Gruppe Bure Zone Libre (BZL), Gegner des geplanten Atommüllendlagers in Bure, einen alten baufälligen Bauernhof gekauft und baut ihn seither mit alternativen Baumaterialien und -energien aus. Einen isolierten Schlafsaal für Gäste gibt es schon und die letzten Arbeiten für einen großen Multifunktionssaal für Versammlungen, Filmvorführungen und Ähnliches befinden sich in der Endphase. Dennoch gibt es noch viel zu tun. Während des ganzen Jahres empfängt BZL Menschen, die im Kampf gegen das Atommüllendlager unterstützen und beim Hausausbau sowie der Gartenarbeit helfen möchten.

weitere Infos
gorleben-rundschau.de/links
 zu diesem Artikel

Internationaler Marsch

Vom 1. bis zum 27. Juli 2013 fand in Frankreich von Narbonne nach Bugey ein Internationaler Marsch gegen Atomkraft und für Frieden statt. Die Aktivisten unter anderem aus Frankreich, den Niederlanden, Australien, Neuseeland, Chile und den USA setzten mit ihrem gut 500 km langen Marsch ein Zeichen der Solidarität im weltweiten Kampf gegen jegliche Nutzung der Atomkraft.





FARBE BEKENNEN, FLAGGE ZEIGEN

Die Wendlandfahne flattert vor dem Laden. Farbe bekennen, das ist eines der Markenzeichen von Pforten & Co., dem Tierfutterladen in Lüchow. Im Eingang fällt zuerst die aktuelle Gorleben Rundschau ins Auge, betritt man den Laden, erblickt man zwei strahlende, freundliche Frauen. Von Anja Meyer

Marion Rabe und Doro Rabe-Ostwald haben vor mehr als zehn Jahren ihren Laden in der Königsberger Straße in Lüchow gegründet. Beide Frauen sind politisch verwurzelt und von einer ökologischen Denkweise geprägt. So war es eine Selbstverständlichkeit, grünen Strom zu beziehen, und irgendwann wanderte auch das erste gelbe X ins Regal. Doro kommt ursprünglich aus Hamburg, war schon bei den Demonstrationen in Brokdorf dabei und in vielerlei Hinsicht aktiv, auch und immer mehr im Wendland, zum Beispiel bei Violetta, der Beratungsstelle für Frauen und Mädchen, und im Café Grenzbereich in Platenlaase. Sie ist nicht nur gelernte Kauffrau, sondern auch Sozialpädagogin und betont – genau wie Marion, die zwanzig Jahre als Hebamme gearbeitet hat – dass all ihre

Fähigkeiten aus früherer Zeit nun in den Laden fließen. So wundert es kaum, dass Pforten & Co. eben nicht nur Tierfutter zu bieten hat, sondern ein Ort des Zusammentreffens ist, ein Ort der Kommunikation und der Vernetzung. Kontakte bestehen zu vielen Wendländer/-innen, Künstlern, Bauern, deren Produkte zum Einkaufspreis weitervermarktet werden. Hier finden sich mittlerweile neben den regionalen Bioprodukten und Kunsthandwerk auch Informationen zum Naturschutz und Widerstandsartikel der Bürgerinitiative (BI). Über die Jahre hat sich in der Königsberger Straße eine gut erreichbare und mit eigenen Parkplätzen versehene BI-Filiale entwickelt. Der Kontakt zur Bürgerinitiative ist rege, der Austausch findet ständig statt. So gibt es immer die aktuellen Informationen, sei es in Gestalt der Gorleben Rundschau, als Plakat oder Flyer, hier werden T-Shirts und Pullis mit Wendlandsonne, Aufkleber und Buttons mit der Aufschrift „Atomkraft? Nein Danke“ gegen Spende abgegeben. Menschen, die von der Wendlandfahne angelockt den Laden betreten und Genaueres über den Widerstand wissen wollen, leiten Marion und Doro gern weiter in das BI-Büro in der Rosenstraße.

Marion kommt aus dem benachbarten Landkreis Uelzen und hat sich immer schon hingezogen gefühlt zum Wendland. Sie sprüht vor Energie, wenn sie von der menschlichen Nähe in ihrem Laden berichtet, dem Austausch, der hier stattfindet zu Themen von Atomkraft bis Massentierhaltung. Aber Marion berichtet auch von Gewissensbissen, denn natürlich muss das Paar auf Wirtschaftlichkeit achten, verkauft Produkte wie zum Beispiel Reitsachen, die konventionell und damit nicht fair produziert sind. Die beiden Frauen durchdringen aber immer mehr Themen und sind in jeder Hinsicht achtsam. So macht Marion sich derzeit viele Gedanken zur Ressource Wasser und unserem unverantwortlichen Umgang mit dem Lebenselixier. Auch das Thema neue Energien spielt eine große Rolle. Hier werden aktuell konkrete Pläne geschmiedet, die aber an dieser Stelle noch nicht verraten werden sollen...

Es wird viel geredet und gelacht bei Pforten & Co., an der Kasse, inmitten der Ware oder bei einer Tasse Kaffee (natürlich fair gehandelt) in der gemütlichen Sitzecke ganz hinten im Laden. Hier kann jede/r sein wie sie oder er ist oder sich fühlt, Kummer und Sorgen loswerden oder eben auch neue Ideen – es gibt immer ein offenes Ohr für Privates wie Politisches. Verschiedenste Themen von ökologischer, sozialer oder kultureller

Natur stoßen bei Doro und Marion auf Interesse. Am Ende unseres Gesprächs fällt mein Blick auf einen liebevoll gestalteten Flyer, Marions Tochter Merle hat ihn entworfen. Darin ist zu lesen, dass bei Pforten & Co. Integration gelebt wird. Menschen mit Beeinträchtigungen können Praktika absolvieren oder gar Stellen besetzen; das Engagement, die Themenvielfalt im Laden von Marion und Doro ist unerschöpflich.

Bald wird es ein Transparent über dem Eingang geben mit der Aufschrift „Wo Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht.“ Auf der einen Seite prangt dann das Pforten & Co.-Logo, auf der anderen das der BI. Farbe bekennen und Flagge zeigen – das sind Doro und Marion. *

Mit Speck fängt man Mäuse

Anfang August fand im Wendland die achte „Ökologische Ablassspeisung“ statt. Nach einer Begrüßung mit Aperitif im Wald an den Atomanlagen, wurde im Gasthaus Wiese im nahegelegenen Gedelitz ein erlesenes Menü aus regionalen und biologischen Produkten serviert. Das Eintrittsgeld von 100 Euro pro Person floss in den Fonds der Rechtshilfe Gorleben und soll helfen, Wissenschaftler, Rechtsanwälte und Gerichtskosten zu finanzieren. Das große Schlemmen – augenzwinkernd Ablassspeisung genannt – ist eine Möglichkeit für diejenigen, deren Sache der Protest auf der Straße nicht ist, ihren Beitrag zum Widerstand zu leisten. Für Gutachten und Prozesse wendet die Rechtshilfe Gorleben regelmäßig hohe Summen auf.





BLICKWEXEL

Zwei Fahrradtouren haben erneut auf die Energiewende und die Gorleben-Problematik aufmerksam gemacht: Unter dem Motto „Wind bewegt“ fuhr Sebastian Bock (oben; links im Bild) bis zur Bundestagswahl mit seinem Tandem über 2 900 Kilometer quer durch Deutschland. 2 900 Kilometer für 2 900 Megawatt, die in diesem Jahr an zusätzlicher Windenergie zu erwarten sind.

Die Radler der „Reclaim Power Tour“ von der Lausitz ins Rheinland steuerten Orte an, an denen es Auseinandersetzungen um unsere Strom-, Wärme- und Wasserversorgung gibt, Orte, an denen Energiekämpfe stattfinden. Auf der Tour tauschten sie sich mit Initiativen aus, kamen mit der lokalen Bevölkerung ins Gespräch und vernetzten sich untereinander.

Verschiedene Flyer, Infobroschüren, T-Shirts und andere wendländische Widerstandsartikel können im BI-Büro telefonisch bestellt werden. Weitere Artikel findest Du auf unserer Internetseite!

www.bi-luechow-dannenberg.de

STOPPT die Pilot-Konditionierungsanlage (PKA)

Die PKA ist die „vergessene“ Atomanlage in Gorleben. Aber sie ist derzeit die Anlage mit der höchsten Brisanz. In einer „heißen Zelle“ sollen Castor-Behälter geöffnet und Brennelemente zerschnitten werden. Kokillen mit hoch-radioaktiven verglasten Abfällen würden mit Abschirmungen versehen, um sie in Bohrlöcher in einem Endlager behälterlos zu versenken.

Die PKA ist die Gelenkstelle zwischen Castorzwischenlagerung und Endlager. Sie wird mit Sicherheit als „Argument“ genutzt, um den Salzstock Gorleben-Rambow als Endlager zu favorisieren. Betreiberin ist die Gesellschaft für Nuklearservice (GNS), die 75 % der Anteile an der Deutschen Gesellschaft zum Bau und Betrieb von Endlagern für Abfallstoffe (DBE) hält. Die DBE wiederum errichtete den Schwarzbau in Gorleben, das sogenannte Erkundungsbergwerk.

Unterschriften-Aktion

Mit dieser Unterschriftenliste wollen wir das Niedersächsische Umweltministerium auffordern, die PKA gründlicher unter die Lupe zu nehmen und den heißen Betrieb zu verhindern.

Geplant wurde die PKA nämlich Mitte der 80er Jahre. Die Anlage entspricht heute schon nicht mehr dem Stand von Wissenschaft und Technik. Frühestens im Jahr 2031 soll ein Standort bei der angeblich neuen Endlagersuche benannt werden.

Sittenwidriger Vertrag

Normalerweise erlischt eine Betriebserlaubnis nach einigen Jahren, wenn von ihr nicht Gebrauch gemacht wird. Das gilt im Baurecht, das gilt beim Immissionsschutz. Doch da hat die GNS vorgebaut. 1997 vereinbarten das Niedersächsische Umweltministerium (NMU) und die GNS, dass bereits die bloße Empfangsbereitschaft der PKA als Betriebsbeginn zu werten sei.

Pfusch am Bau

Stockungen und Verzögerungen wie Pfusch am Bau hatte es immer wieder gegeben. In nachweislich 25 Fällen war die GNS von den Bauunterlagen abgewichen. Das Niedersächsische Umweltministerium prüfte gründlich und musste im Juli 1994 durch den damaligen Bundesumweltminister Klaus Töpfer (CDU) per Weisung dazu angehalten werden, einer 2. Teilerichtungsgenehmigung zuzustimmen.

Die GNS wollte sich damals die längere Bauzeit versilbern lassen. Das NMU schloss diesen Vergleich mit der GNS, um Schadensersatzansprüchen in Höhe von 7,5 Mio. Euro aus dem Wege zu gehen.

Verzicht auf externe Gutachter

Das NMU ließ sich in dem Vertrag auf mehrere Knebel ein: Das Ministerium muss auf Kritik an der PKA und auch am Castor-Lager verzichten. Es darf keine externen Gutachter einschalten, um die Sicherheit der PKA überprüfen zu lassen.

Das ist nicht hinnehmbar.

Unsere Forderungen:

- ☀ **Das Niedersächsische Umweltministerium muss diesen sittenwidrigen Vertrag kündigen.**
- ☀ **Die Betriebserlaubnis der PKA gehört auf den Prüfstand. Dazu müssen externe Gutachter eingeschaltet werden.**
- ☀ **Die PKA muss stillgelegt werden. Kein Atommüll-Endlager im Salzstock Gorleben-Rambow.**

Name, Vorname	
Straße	
PLZ, Ort	
Email	
Unterschrift	<input type="checkbox"/> weitere Infos

Name, Vorname	
Straße	
PLZ, Ort	
Email	
Unterschrift	<input type="checkbox"/> weitere Infos

Bitte an die BI zurücksenden oder im Internet unterschreiben!

Die Unterschriften werden im November dem niedersächsischen Umweltminister Stefan Wenzel (Grüne) überreicht



Spendenkonto
Kontonummer: 0044060721
Bankleitzahl: 25850110
Sparkasse Uelzen Lüchow-Dannenberg



Bürgerinitiative Umweltschutz
Lüchow-Dannenberg
Rosenstraße 20 • 29439 Lüchow
Mo, Mi, Fr: 9 - 16 • Di, Do: 9 - 18
☎ 05841 - 4684
buero@bi-luechow-dannenberg.de
www.bi-luechow-dannenberg.de